

lung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen. Dritter Bericht. Bielefeld 2019, S. 717-749

Rosendorfer, Tatjana: Haushalten mit (zu) wenig Geld.

Empirische Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung von Arbeitslosengeld II-Beziehern. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft 3/2017, S. 115-122

Stolper, Oscar A.; Walter, Andreas: Financial literacy, financial advice, and financial behavior. In: Journal of Business Economics 5/2017, pp. 581-643

Ulbricht, Dirk: iff-Überschuldungsreport 2019. Überschuldung in Deutschland. In: <https://www.iff-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/06/iff-%C3%9Cberschuldungsreport-2019.pdf> (veröffentlicht 2019, abgerufen am 3.3.2020)

Yasukawa, Keiko; Rogers, Alan; Jackson, Kara; Street, Brian (eds.): Numeracy as social practice. Global and local perspectives. London and New York 2018

ALLGEMEINES

Im Gedenken an Prof. Dr. Hans-Uwe Otto: Berufskodex der Sozialarbeit (1966). Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Otto, der am 27.10.2020 im Alter von 80 Jahren verstarb, hat ganz entschieden zur Entwicklung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit in Deutschland beigetragen. Bereits im Alter von 26 Jahren, also bevor er an der Universität Bielefeld promovierte und später dort die Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik antrat, hat Hans-Uwe Otto für das Berufsbild der Sozialen Arbeit gestritten. In der Ausgabe 1966 unserer Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ verfasste er gemeinsam mit dem Sozialarbeiter und Pädagogen Hermann Speckmann einen Beitrag mit dem Titel „Berufskodex für den deutschen Sozialarbeiter“. Ein Berufskodex müsse, so Otto und Speckmann, überkonfessionell und „großflächig“ angelegt sein, um den Blick nicht weltanschaulich zu „verengen“. Mit dem Diskussionsvorschlag trugen beide zum professionellen „Miteinander [...] in Haltung und Leistung“ bei. Sie entwarfen den Berufskodex hinsichtlich der beruflichen Grundhaltungen, allgemeinen Arbeitsprinzipien, der Beziehungsebene zwischen Sozialarbeitenden und Klient*innen, positionierten sich zum Thema Schweigepflicht sowie zum Verhältnis zu Kolleg*innen aus anderen Fachgebieten und zur Öffentlichkeit. Viele dieser Punkte sind auch 54 Jahre nach Erscheinen weiter aktuell, so etwa die im weitesten Sinne politische Aufgabe der Sozialen Arbeit, die „Mitwelt über Wesen, Aufgaben und Probleme der Sozialen Arbeit zu informieren“. Mit Hans-Uwe Otto hat die Soziale Arbeit einen großen Wissenschaftler und wichtigen Impulsgeber verloren, dessen Arbeiten heute in vielen Bereichen als Standardlektüre gelesen werden. Er wird auch weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt für viele Sozialarbeitende in Ausbildung, Profession und Disziplin bleiben. Der Beitrag von Otto und Speckmann zum Berufskodex ist als PDF unter www.dzi.de/soziale-literatur/soziale-arbeit/open-access/ abrufbar.

Befragung zur Situation zivilgesellschaftlicher Organisationen während der Corona-Pandemie.

Mit der Intention, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft zu untersuchen, realisierte das ZiviZ-Institut im Juli und August dieses Jahres eine Panel-Befragung von Führungskräften aus Infrastruktureinrichtungen sowie Landes- und Bundesverbänden gemeinnütziger Organisationen. Dabei ergab sich, dass in 66 % der befragten zivilgesellschaftlichen Organisationen erhebliche Mehrkosten durch die Infektionsschutzmaßnahmen entstanden, während in 25 % Einnahmerückgänge zu verzeichnen waren. Auch wenn die Soforthilfen von Bund und Ländern für 34 % der Organisationen Einnahmeausfälle abfederten, seien die Hilfen für 38 % nicht ausreichend. Empfohlen wird unter anderem, die durch die Hygienemaßnahmen und die Digitalisierung entstehenden Mehrkosten durch weitere öffentliche

Hilfsprogramme zu kompensieren. Eine weitere Panel-Befragung ist für November dieses Jahres vorgesehen. Genaueres unter www.ziviz.de/corona. *Quelle: Mitteilung des Nachrichtendienstes Bürgergesellschaft vom 30.10.2020*

Neue Internet-Plattform mit Informationen zum Thema Demokratie. Im Kontext des Programms „Demokratie leben!“ hat der Verein Artikel 1 – Initiative für Menschenwürde e.V. ein Internetportal entwickelt, um Informationsangeboten zum Thema Demokratie mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Die vor Kurzem an den Start gegangene „Demokratie-Plattform“ hilft bei der virtuellen Vernetzung, indem sie Angebote und Interessierte zusammenbringt. Die Plattform eröffnet eine Übersicht über aktuelle digitale Konferenzen, Vorträge und Workshops von verschiedensten Akteur*innen. Eine Suchmaske mit einem Eingabefeld und unterschiedlichen Themenoptionen, mit der nach Bundesländern und Veranstaltungszeitraum differenziert werden kann, erleichtert gezielte Recherchen. Zu der Plattform geht es unter www.demokratie-plattform.de. *Quelle: Newsletter Nr. 22 des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement vom 5.11.2020*

Spiritualität als Hindernis und Chance für die Arbeit mit Zwangsprostituierten. Der moderne Sklavenhandel mit Frauen aus Nigeria, die in Ländern der EU zur Prostitution gezwungen werden, stellt die Soziale Arbeit vor Herausforderungen. Das von der Europäischen Union geförderte Projekt „Intersektioneller Ansatz zum Integrationsprozess in Europa für Betroffene des Menschenhandels“ (INTAP) hat nun ein Handbuch herausgegeben, das Sozialarbeitenden eine Hilfestellung für deren alltägliche Arbeit mit von Zwangsprostitution betroffenen nigerianischen Frauen bietet. Es basiert auf einer Studie, in deren Rahmen Überlebende von Menschenhandel sowie Expert*innen befragt wurden. Deutlich wird unter anderem, wie wesentlich die Berücksichtigung der kulturell-spirituellen Tradition des Herkunftslandes der Frauen ist, wenn es darum geht, eine Vertrauensbasis in der Unterstützung durch die Soziale Arbeit aufzubauen. Das Handbuch zeigt auf, welche interkulturellen, interreligiösen und sozialen Kompetenzen eine Vertrauensperson besitzen sollte, und eröffnet Handlungsvorschläge und Empfehlungen. Das mit einem Glossar versehene Handbuch sowie ein Forschungsbericht stehen unter <https://intap-europe.eu/materialien/> auf Deutsch und Englisch zum Download zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom 3.11.2020*

Jahressteuergesetz 2020: Zivilgesellschaft fordert Rechtssicherheit. Die Antikorruptionsorganisation Transparency Deutschland, der Deutsche Fundraising Verband, der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Spendenrat, die Maecenata Stiftung, PHINEO und VENRO fordern mehr Rechtssicherheit im Gemein-

nützigkeitsrecht für eine selbstlose Beteiligung der Zivilgesellschaft an der politischen Willensbildung. In einer aktuellen Presseinformation positionieren sie sich zum Gemeinnützigkeitsrecht, das nicht mehr zeitgemäß sei und novelliert werden müsse. Infolge der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac habe sich die Lage für viele Organisation verschärft. Das Jahressteuergesetz (JStG)2020, mit dem sich der Finanzausschuss des Bundestages derzeit befasst, müsse die Zivilgesellschaft stärken und es gemeinnützigen Organisationen explizit erlauben, sich politisch zu äußern und die eigenen Zwecke auch überwiegend oder ausschließlich mit politischen Mitteln zu verfolgen. Insbesondere in Krisenzeiten dürfe es nicht zu einer Schwächung der Zivilgesellschaft kommen. Die komplette Presseinformation ist nachzulesen unter https://www.maecenata.eu/wp-content/uploads/2020/11/PM_Mehr-Rechtssicherheit-fuer-gemeinnuetzige-Organisationen_final.pdf. *Quelle: Presseinformation der Maecenata Stiftung vom 25.11.2020*

SOZIALES

Studie zu kommunalen Innovationen in der Altenarbeit in Zeiten von Corona. Da die Corona-Pandemie die deutschen Städte und Gemeinden mit besonderen Herausforderungen im Hinblick auf die Unterstützung älterer Menschen konfrontiert, haben das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und die Körber-Stiftung Anfang Juli 2020 zwölf problemzentrierte Leitfadeninterviews mit Verantwortlichen aus kommunalen Verwaltungen durchgeführt, um das lokale Altersmanagement in der Corona-Krise zu untersuchen. Die im November dieses Jahres veröffentlichten Ergebnisse der Studie beschäftigen sich zunächst mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Altenarbeit, wobei unter anderem Problembereiche wie die Versorgung, die Angst und Unsicherheit sowie die soziale Isolation im Blickfeld stehen. Im Weiteren werden innovative Handlungsansätze wie beispielsweise Fenstergespräche, Vernetzung, Lieferdienste, Digitalschulungen, telefonische Vorleseangebote und eigens für infizierte ältere Menschen eingerichtete Pflgetouren vorgestellt. Wünschenswert sei es, dass der Bund und die Länder die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Kommunen ihre sozialen Innovationen weiterentwickeln und ihre Potenziale voll ausschöpfen können. Die 28-seitige Publikation mit dem Titel „Kommunale Innovation – Altersfreundlichkeit in Zeiten der Corona-Pandemie“ ist im Internet unter www.koerber-stiftung.de/publikationen/koerber-topics abrufbar. *Quelle: Mitteilung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung vom 5.11.2020*

Einsam durch die Krise? Um der Frage nachzugehen, wie Menschen in Deutschland die Kontaktbeschränkungen während des ersten Lockdowns von April bis Mai 2020 erleben, wurde am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Niederrhein auf Grundlage einer Online-Be-

fragung von 233 Personen die Studie „Kontaktgestaltung vor, während und nach den Kontaktbeschränkungen“ durchgeführt. Wie die Ergebnisse zeigen, stieg der Prozentsatz der Personen, die schwach unter unfreiwilliger Einsamkeit litten, in der Zeit des Lockdowns stark an. Während vor den Kontaktbeschränkungen dies nur bei 5,8 % der Befragten der Fall war, fühlten sich zur Zeit während der Kontaktbeschränkungen je nach Altersgruppe 22 bis 34 % der Befragten einer schwachen unfreiwilligen Einsamkeit ausgesetzt. Von einer starken Einsamkeit im Lockdown berichtete keine der befragten Personen, was möglicherweise darauf zurückzuführen sei, dass die Kontakte zunehmend telefonisch oder über soziale Netzwerke gepflegt worden seien. Die Studienergebnisse werden voraussichtlich im April nächsten Jahres in dem Band „Soziale Arbeit nach Corona“ im Verlag Beltz Juventa erscheinen. *Quelle: Pressemitteilung der Hochschule Niederrhein vom 4.11.2020*

GESUNDHEIT

Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen. Die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) nimmt Stellung zum Stand der Diskussion im Dialogprozess zur Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen, der aktuell von der Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK) im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums durchgeführt wird. Ziele des Dialoges sind eine Standortbestimmung, die Verständigung über Entwicklungsbedarfe und die Formulierung von Handlungsempfehlungen für eine personenzentrierte Versorgung. In ihrer Stellungnahme zum Thema „Zielgruppenspezifische Versorgungsfragen“ betont die DVSG, dass die unzureichende und nur auf medizinische Bedarfe begrenzte Krankenversorgung im SGB V einen ganzheitlichen Behandlungsansatz verhindere und behandlungsrelevante Versorgungsbedarfe in das SGB VI, IX, XI oder XII verschiebe. Die DVSG empfiehlt eine verbesserte Versorgung für die Zielgruppen der Kinder und Jugendlichen, der alten und pflegebedürftigen Menschen, der Menschen mit zusätzlicher körperlicher oder geistiger Behinderung sowie in der Psychosomatik aus Sicht der gesundheitsbezogenen Sozialen Arbeit. Die Stellungnahme vom 10.11.2020 ist unter https://dvsg.org/fileadmin/dateien/07Publikationen/01StellungnahmenPositionen/2020-11-10DVSGStellungnahme_zielgruppenspezifische_Versorgung.pdf zu finden. *Quelle: Webseite der DVSG*

Neue Angebote der Cannabisprävention für Jugendliche. Vor dem Hintergrund der weiten Verbreitung und des seit Jahren beobachtbaren Anstiegs des Cannabiskonsums beschreiten die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung neue Wege der Prävention. Hierbei handelt es sich um digitale Informationsangebote, die unter anderem in Schulen eingesetzt

werden können, um Jugendliche und ihre erwachsenen Bezugspersonen über die gesundheitlichen Risiken der in Deutschland am häufigsten konsumierten illegalen Droge zu unterrichten. Neben Informationen in sozialen Medien wie Youtube und Twitter werden auf der Internetseite www.cannabispraevention.de Fakten zu Cannabis, Hinweise zur Gesetzeslage und Handlungsempfehlungen für Eltern und Lehrer*innen bereitgestellt. Darüber hinaus bietet die Website www.drugcom.de jungen Erwachsenen umfassende Hinweise zu Cannabis und zu einigen anderen psychoaktiven Substanzen. Die Pressemitteilung ist unter <https://www.bzga.de/presse/pressemitteilungen/2020-10-28-mach-dich-schlau-auf-wwwcannabispraeventionde/nachzulesen>. *Quelle: Pressemitteilung der Drogenbeauftragten und der BZgA vom 28.10.2020*

JUGEND UND FAMILIE

Online-Sammlung von Stellungnahmen zum KJSG. Zahlreiche Zusammenschlüsse, Organisationen und Fachkräfte der Sozialen Arbeit haben bereits Stellung zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz) vom 5.10.2020 genommen. Um einen Einblick in die Fachdiskussion zu eröffnen und diese voranzubringen, bündelt der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) auf seiner Webseite nicht nur die eigenen Positionierungen, sondern auch die vielfältigen Stellungnahmen aus Praxis und Wissenschaft Sozialer Arbeit. Mehr Informationen unter <https://www.dbsch.de/sozialpolitik/handlungsfelder/kinder-und-jugendhilfe/dbsh-netzwerk-sgb-viii.html>. *Quelle: Mitteilung von Prof. Dr. Nikolaus Meyer im Netzwerk „Junge Wissenschaft Soziale Arbeit“ vom 27.10.2020*

Neuer Reader zur rassismuskritischen Öffnung der Jugendarbeit. Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus e.V. (IDA) in Düsseldorf hat einen neuen Reader zur rassismuskritischen Öffnung der Jugend(verbands)arbeit herausgegeben. Der Reader leistet einen Beitrag zur Etablierung der Themen Rassismus und Migrationsgesellschaft als Querschnittsaufgaben für Jugendverbände. Kritisch beleuchtet werden etwa Praktiken der Raumgestaltung und Raumpolitiken oder das „Blindsein“ für Rassismus. Darüber hinaus werden Beispiele für rassismuskritische Öffnungsprozesse gezeigt, wie etwa das Empowerment für Schwarze Jugendliche beim Bund Deutscher Pfadfinder_innen und das Konzept der Desintegration als Perspektive der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt. Ergänzend enthält der 116-seitige Reader einen Fragenkatalog zur Selbstreflexion und ein Glossar mit zentralen Begrifflichkeiten. Die Handreichung kann im Internet unter https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/Broschuere_RKOE_II_Screenversion_final.pdf abgerufen werden. *Quelle: IDA-Infomail vom 30.10.2020*

Deutscher Bundesjugendring fordert Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) fordert den Deutschen Bundestag, die Landtage und die Vertreter*innen der Landesregierungen im Bundesrat dazu auf, das aktive Wahlalter bereits zu den im Jahr 2021 stattfindenden Kommunal- und Landtagswahlen sowie der Bundestagswahl auf 16 Jahre abzusenken. Die Forderung geht zurück auf einen Beschluss des DBJR, der im Rahmen der digitalen Vollversammlung am 30. und 31. Oktober dieses Jahres gefasst wurde. Die Parteien, die schon entsprechende Beschlüsse gefasst hätten, seien aufgerufen, sich zu diesen zu bekennen. Begründet wird die Forderung mit dem Argument, die junge Generation sei von der Corona-Krise direkt betroffen und werde deren Folgen und Kosten tragen müssen. Mit der lokalen Kampagne „Auf geht’s Berlin: #wahlaltersenken“ appelliert zugleich der Landesjugendring Berlin an die Berliner CDU, das Wahlalter für das Land Berlin bei 16 Jahren anzusetzen. *Quelle: Pressemitteilung des Landesjugendrings Berlin vom 3.11.2020*

Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands im rdp. Nach einem einstimmigen Beschluss des Ringeausschusses vom 16. Oktober dieses Jahres ist der Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands (BMPPD) nun Vollmitglied in den Ringen Deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände (rdp). Bereits während der vorausgegangenen zweijährigen Anschlussmitgliedschaft und auch schon in den Jahren zuvor waren der BMPPD und der rdp in intensiver Zusammenarbeit verbunden. Durch die Vollmitgliedschaft besitzt der im Jahr 2010 gegründete BMPPD nun sowohl ein aktives als auch ein passives Wahlrecht und kann bei allen Entscheidungen des rdp mitwirken. Der BMPPD widmet sich den Aufgaben, junge Menschen im Alter von sieben bis 21 Jahren entlang der Lehren des Korans koedukativ zu erziehen und zu bilden und sie durch die pfadfinderische Methode in ihrer persönlichen Entwicklung zu fördern. *Quelle: Mitteilung des rdp vom 22.10.2020*

Die Corona-Krise aus Sicht von Betroffenen sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend. Um die Perspektiven von Betroffenen sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend auf den Lockdown zu untersuchen, führte die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs von 9. Juni bis 5. Juli 2020 eine Online-Befragung von 823 Personen nach deren Erleben der Pandemie in der Zeit der Kontaktbeschränkungen durch. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Pandemie und die Infektionsschutzmaßnahmen sehr unterschiedlich wahrgenommen wurden. Für viele Betroffene von sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend hätten die Maßnahmen sehr spezifische Auswirkungen gehabt, die in einem direkten Zusammenhang mit ihrem früheren Gewalterleben stünden. So erlebten sie einerseits Gefühle von Ohnmacht und eingeschränkter Selbstbestimmung,

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Coronaregelungen statt.

20.-22.1.2021 Dortmund. Medien – Demokratie – Bildung: Normative Vermittlungsprozesse und Diversität in mediatisierten Gesellschaften. 5. IMEC-Tagung. Information: Interdisciplinary Media Ethics Center (IMEC) & Forschungsstelle, TU Dortmund, Emil-Figge-Straße 50, 44227 Dortmund, E-Mail: imec@post.tu-dortmund.de

5.2.2021 online. Magdeburger Methodenworkshop zur Qualitativen Bildungs- und Sozialforschung. Information: Zentrum für Sozialweltforschung und Methodenentwicklung (ZSM) der Universität Magdeburg, Zschokkestraße 32, 39104 Magdeburg, Tel.: 03 91/67 01, E-Mail: zsm@ovgu.de

18.-19.2.2021 Köln. Erziehung – Status quo vadis? Theorien und Forschungen über Erziehung und Aufwachsen auf dem Prüfstand. Information: Universität zu Köln, Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Innere Kanalstraße 15, 50823 Köln, Tel.: 02 21/470 12 72, E-Mail: jbossek1@uni-koeln.de

25.2.2021 Nürnberg. Transferkonferenz: Wirkungen im Blick – Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit und Sozialwirtschaft. Information: Evangelische Hochschule Nürnberg, Institut für Praxisforschung und Evaluation, Bärenschanzstraße 4, 90429 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 25 37 35, E-Mail: sebastian.ottmann@evhn.de

25.-26.2.2021 Hagen. Materialität – Digitalisierung – Bildung. Information: FernUniversität in Hagen, Universitätsstraße 33, Gebäude 2, 58097 Hagen, Tel.: 023 31/987 21 87, E-Mail: maik.wunder@fernuni-hagen.de

3.-5.3.2021 Kassel. Ganzheitliche Bildung mit Kopf, Herz und Hand: Aktuelle Forschungsprojekte zum handlungsorientierten Lernen. 3. Wissenschaftliche Tagung Erlebnispädagogik. Information: CVJM-Hochschule Kassel, Hugo-Preuß-Straße 40, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe, Tel.: 05 61/308 75 24, E-Mail: zimmermann@cvjm-hochschule.de

4.-6.3.2021 online. Brave New Psychotherapy. 31. Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V., Bundesgeschäftsstelle Tübingen, Corrensstraße 44/46, 72076 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 94, E-Mail: kongress@dgvt.de

4.-6.3.2021 Bad Alexandersbad. Suizidpostvention als Prävention? Wissenschaftliche Frühjahrstagung der DGS. Information: Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention, Fetscherstraße 74, 01307 Dresden, Tel.: 03 51/458 36 71, E-Mail: ute.lewitzka@uniklinikum-dresden.de

andererseits seien das Abstandhalten und die reduzierten sozialen Kontakte als angenehm und entlastend empfunden worden. Häufig konnten aufgrund der Kontaktbeschränkungen Therapien und Selbsthilfegruppen nicht mehr stattfinden. Außerdem habe die Pandemie bei knapp einem Drittel der Befragten finanzielle Sorgen verursacht. Der Studienbericht ist im Internet unter https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Ergebnisse-Online-Befragung-Corona_Aufarbeitungskommission.pdf zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs vom 11.11.2020*

AUSBILDUNG UND BERUF

Globale Agenda für Soziale Arbeit und soziale Entwicklung 2020-2030. Am 2. November dieses Jahres haben die Internationale Vereinigung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (IFSW) und deren Partner*innenorganisationen die Globale Agenda für Soziale Arbeit und soziale Entwicklung für den Zeitraum 2020 bis 2030 angekündigt. Diese lautet „Mitgestaltung einer integrativen sozialen Transformation“. In den ersten beiden Jahren der Dekade soll es darum gehen, sich dem Thema „Ubuntu: Stärkung der sozialen Solidarität und der globalen Verbundenheit“ zu widmen. Der aus den afrikanischen Sprachen Zulu und Xhosa entlehnte Begriff „Ubuntu“ bedeutet wörtlich in etwa „ich bin, weil wir sind“ und steht für ein Konzept der Anerkennung globaler Verbundenheit mit einem besonderen Fokus auf dem Wissen und der Weisheit indigener Zivilisationen. Dieses Konzept sei von zentraler Bedeutung für eine gemeinsame Zukunft, in der die Verantwortung zwischen allen Völkern und der Umwelt im Mittelpunkt stehe. Es lege den Grundstein für einen integrativen Prozess zur Entwicklung neuer sozialer Vereinbarungen zwischen Regierungen und der Bevölkerung, der sie dienen, wobei Fachkräften der Sozialen Arbeit und der sozialen Entwicklung die Rolle zukäme, auf der Grundlage ethischer Prinzipien Menschen, Gemeinschaften und Systeme miteinander

zu verbinden, nachhaltige Gemeinschaften zu gestalten und einen integrativen sozialen Wandel zu fördern. *Quelle: IFSW News vom 6.11.2020*

Studie zur Messenger-Nutzung in der Sozialen Arbeit und in Schulen. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und von der Europäischen Union geförderten Verbundprojektes „INCLUDING.DIGITAL.TWINS“ (IDT) erstellte das Institut für Medienforschung und Medienpädagogik der TH Köln die Studie „Kriterien für die Auswahl privatsphäreschützender Messenger-Dienste für Einrichtungen der Sozialen Arbeit“. Um mögliche Risiken der Nutzung digitaler Tools zu identifizieren, wurde eine Befragung von Datenschutzbeauftragten, Mitarbeitenden aus der Sozialen Arbeit sowie Lehrer*innen vorgenommen. Wie die Ergebnisse zeigen, seien vor allem bei populären Technologien wie WhatsApp Mängel hinsichtlich des Datenschutzes beobachtbar, so dass von der Nutzung dieser App in Schulen und in der Sozialen Arbeit abgeraten wird. Die besten Resultate unter den Messengern für Privatpersonen erzielte der Messenger-Dienst Threema. Mehr Informationen gibt es unter https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/aktuell/pm/2020/pm_48_messenger-dienste_soziale_arbeit.pdf. *Quelle: Pressemitteilung der TH Köln vom 3.11.2020*

472

Die COVID-19-Bibliografie

- ▶ Unser Bestand an Literatur zum Thema COVID-19 wächst stetig. Behalten Sie mithilfe unserer kostenlosen Bibliografie den Überblick über aktuelle Publikationen.
- ▶ Sie wird regelmäßig aktualisiert und ist auf der [DZI-Website](#) abrufbar.

DZI SoLit

Deutsches Zentralinstitut
für soziale Fragen/DZI

